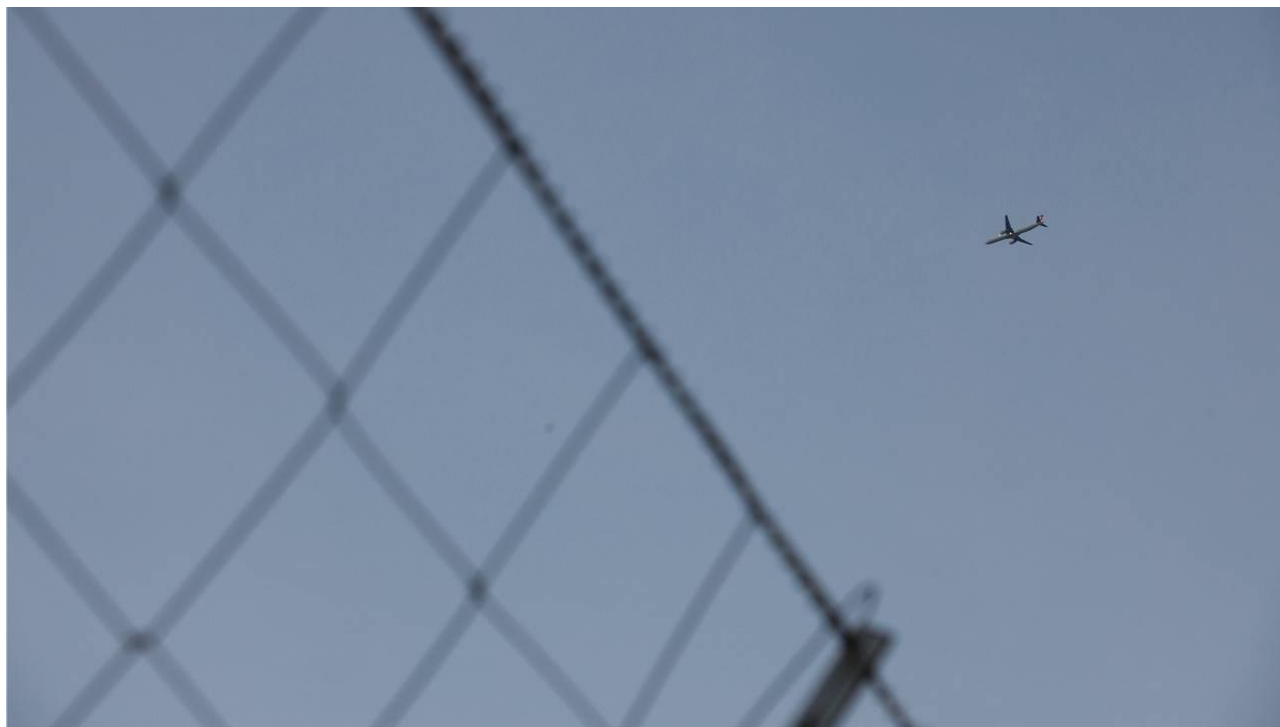


ASYL

Ausgeschafft: Tibeter muss die Schweiz kurz vor der Geburt seines Kindes verlassen

von Manuel Bühlmann - az Aargauer Zeitung • 6.11.2016 um 06:30 Uhr



Am Flughafen Zürich hob auch das Flugzeug ab, in dem der Tibeter Anfang Oktober nach Delhi geflogen worden ist. Keystone

© KEYSTONE

Ein 35-jähriger Tibeter, dessen Asylgesuch abgelehnt wurde, muss die Schweiz verlassen und seine schwangere Freundin zurücklassen. Die Anwältin kritisiert die Behörden.

Der Geburtstermin rückt näher. Ende November soll das Kind zur Welt kommen. Der Vater wird nicht dabei sein. Er lebt über 6000 Kilometer weit weg von seiner schwangeren Lebenspartnerin – gezwungenermassen. Anfang Oktober musste Kalzang Dewa (Name geändert) kurz nach Mittag am Zürcher Flughafen in eine Swiss-Maschine nach Delhi steigen, begleitet von einem Polizeibeamten.

Die Ausschaffung des 35-Jährigen ist das vorläufige Ende einer Geschichte, die seine Anwältin Dicki Lamdark «tragisch» nennt und folgendermassen schildert: Als 20-Jähriger wird Dewa in seinem tibetischen Dorf gefilmt, als er an einer Veranstaltung teilnimmt, bei der verbotenerweise Bilder des Dalai Lamas gezeigt werden. Nachdem andere Teilnehmer verhaftet worden sind, flüchtet er nach Indien, wo er Aufnahme in einem tibetischen Kloster findet. Fortan lebt er als Mönch, hilft mit einfachen Arbeiten aus, für eine Ausbildung ist er zu alt. Mit einem Touristenvisum fliegt er 2010 in die Schweiz, wo sein Grossonkel lebt, stellt in Basel einen Antrag auf Asyl. Ohne Erfolg.

Drei Jahre später steht fest, dass Kalzang Dewa die Schweiz verlassen muss. Der Bund ist nicht auf sein Asylgesuch eingetreten, weil er aus einem sicheren Drittstaat eingereist ist. Die Beschwerde gegen den Nichteintretensentscheid wird abgelehnt. Seither lebt er in der Notunterkunft. Immer wieder machen ihm die Behörden klar, dass er ausreisen muss. Doch er bleibt. Seine Anwältin begründet dies damit, dass er in Indien keine Existenzgrundlage habe. Er habe in Indien ausschliesslich im Kloster als Mönch gelebt,

verfüge über keine Ausbildung, habe ausserhalb des Klosters kein soziales Netz, spreche kaum Hindi. Ob ihn das Kloster wieder aufnehme, sei unsicher. Dazu komme: «Kalzang Dewa und seine Lebenspartnerin erwarten demnächst ein Kind. Er will sein Leben nicht als Mönch in einem Kloster verbringen. Man kann doch niemanden dazu zwingen, Mönch zu werden und getrennt von seiner Familie zu leben.»

Der Kanton ist die Grenze

Um den Druck auf Kalzang Dewa zu erhöhen, verfügt das Migrationsamt vor drei Jahren eine Eingrenzung. Das Kantonsgebiet darf er danach nur noch mit einer Ausnahmegewilligung verlassen. Den Grossonkel im Kanton Zürich kann er genauso wenig besuchen wie seine Lebenspartnerin, die als vorläufig Aufgenommene im Kanton Luzern lebt. Um bei einem Auftritt des Dalai Lamas dabei sein zu können, beantragt er, den Kanton ausnahmsweise verlassen zu dürfen. Abgelehnt.

Vor zwei Jahren wurde er von der Polizei abgeholt, um ihn zur indischen Botschaft nach Bern zu bringen. Vor Ort habe man festgestellt, dass ein Dolmetscher fehle, worauf Dewa in eine Zelle gebracht wurde, sagt seine Anwältin. Erst gegen Abend sei er freigelassen worden, die ganze Zeit über habe er nicht gewusst, was mit ihm geschehe. Der Kanton teilt auf Anfrage mit, dabei habe es sich um eine «kurzfristige Festhaltung» gehandelt, das rechtliche Gehör sei auf Tibetisch übersetzt, die Anwältin schriftlich informiert worden. Diese entgegnet, sie habe die schriftliche Information erst Tage später erhalten.

Je länger Kalzang Dewa bleibt, desto grösser wird der Druck. Immer wieder wird er zum Migrationsamt bestellt und dort aufgefordert, endlich auszureisen. Man könne auch anders, habe ihnen eine Mitarbeiterin des Migrationsamts bei einem Gespräch gesagt, erzählt die Anwältin. Wenige Stunden danach erlässt das Amt eine Strafanzeige gegen den Tibeter. Eine Woche später wird er in jener Unterkunft, die ihm durch den Kanton zugewiesen worden ist, von Kantonspolizisten festgenommen und auf den Posten gebracht. Sein Vergehen: widerrechtlicher Aufenthalt. Mit den Fr. 7.50 Nothilfe am Tag kann er die 1100 Franken für die Busse nicht aufbringen. Er hat Glück, darf seine Strafe auf Schloss Wildegg abarbeiten und entgeht so dem Gefängnis.

Anwältin Dicki Lamdark kritisiert das Vorgehen des Migrationsamts. Ihr Vorwurf: «Man will den Leuten das Leben so ungemütlich wie möglich machen.» Obwohl ihr Mandant immer mit den Behörden kooperiert habe, sei er von diesen «gepiesackt» worden. «Ihm wurde zum Verhängnis, dass er immer ehrlich war. Das ist ein Skandal.» Das kantonale Migrationsamt teilt mit, man mache von den möglichen Zwangsmitteln wie Rayonaufgaben oder Administrativhaft nur verhältnismässig Gebrauch, das gelte auch für den vorliegenden Fall. Die Anwältin widerspricht: Verfahrensrechte ihres Klienten seien mehrfach verletzt worden.

Plötzlich geht alles schnell

Dass sich Kalzang Dewa tadellos verhält, wird auch auf Behördenseite wahrgenommen. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass er «sich bislang den Behörden immer zur Verfügung gehalten hat und den Vorladungen gefolgt ist», schreibt das Aargauer Verwaltungsgericht in einem Urteil. An seiner Lage ändert das nichts: Er muss das Land verlassen.

Anfang Oktober geht plötzlich alles schnell. In der Unterkunft in Holderbank holen ihn Polizisten ab, bringen ihn direkt zum Zürcher Flughafen. Seine Anwältin Dicki Lamdark sagt, sie habe erst von der geplanten Ausschaffung erfahren, als ihr Mandant bereits zum Flughafen gebracht worden war. «Er durfte mich wenige Minuten vor dem Abflug anrufen.» Auf diese Weise soll ein Untertauchen verhindert werden, lautet die Begründung des Migrationsamts. Aus demselben Grund sei auch die Anwältin nicht vorgängig über den Termin der Ausschaffung informiert worden.

Zeit, um sich von seiner Lebenspartnerin zu verabschieden, bleibt nicht. Bevor das Flugzeug abhebt, habe er ihr eine letzte Sprachnachricht schicken können, sagt Lamdark. Die hochschwangere Frau habe daraufhin einen Zusammenbruch erlitten, tagelang nichts essen können. Die Anwältin sorgt sich um Mutter und Kind. Das Paar habe vor einem Jahr bei einer Fehlgeburt schon einmal ein gemeinsames Kind verloren. Die Geburt habe nun Priorität, sagt Anwältin Dicki Lamdark. Danach ist ihr Ziel klar: «Eine Lösung finden, damit die Familie wieder zusammenkommt.»